

Entwurf eines Reformkonzeptes für die Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz

- Kurzfassung -

„Die Lehrerausbildung wird praxisnah modernisiert und durchlässiger gestaltet werden. Eine Reform zur Stärkung des pädagogischen bzw. fachpädagogischen Anteils und zur Erhöhung der Durchlässigkeit bzw. Einsetzbarkeit in verschiedenen Schularten wird angestrebt.“
(Koalitionsvereinbarung 2001 – 2006)

Die Reform der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz soll folgenden Zielen gerecht werden:

- Mehr **Professionalität und Praxisnähe**, d.h. stärkerer Berufsbezug in der Ausbildung durch Stärkung von Bildungswissenschaften und Fachdidaktik sowie von schulpraktischen Studien
- Mehr **Polyvalenz**, d.h. Orientierung auch auf andere Berufsfelder und Möglichkeiten zur Umorientierung während des Studiums
- Stärkerer Orientierung am **Arbeitsmarkt**, um die Ausschläge der „Angebots- und Nachfrage-Zyklen“ zu verringern
- Verkürzung und damit stärkere Orientierung der **Gesamtausbildungsdauer** an internationalen Vergleichswerten (vgl. Abb.)

Die nunmehr veröffentlichten Ergebnisse der **PISA**-Studie und der daraus abzuleitenden Herausforderungen an das Bildungswesen unterstreichen den Reformansatz.

Die Reform in Rheinland-Pfalz geht von einem bisherigen guten Niveau der Lehrerbildung aus, die jedoch verändert werden muss, wenn weitere durchgreifende Qualitätsverbesserungen erreicht werden sollen. In die Reform einfließen sollen auch Aspekte, wie sie in bundesweiten Fachgremien als Stellungnahmen und Empfehlungen erarbeitet wurden, dazu zählen die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz zur Lehrerbildung (1998), der Bericht der von der Kultusministerkonferenz eingerichteten Kommission „Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland“ (2000) oder die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur zukünftigen Struktur der Lehrerbildung (2001).

In Erwartung der Anhörung des rheinland-pfälzischen Landtages zur Reform der Lehrerbildung im Frühjahr 2002 wird folgender Vorschlag unterbreitet:

Duales Studien- und Ausbildungskonzept der Lehrerbildung

Eckpunkte: (vgl. Schema)

1. **Duales Konzept:** Bereits von Beginn des Studiums an werden unter Einbeziehung und Verantwortung von Studienseminaren theoretische mit schulpraktischen Studien verbunden mit entsprechender Anrechnung auf den nach dem Studium zu absolvierenden – dann 12-monatigen - Vorbereitungsdienst.
2. Verortung der ersten Lehrerbildungsphase – wie bisher – an den **Universitäten**.
3. **Gestuftes Studium** mit
 - **Bachelor**-Studium: sechs Semester, an dem Berufsfeld Vermittlung/Schule orientiert, wobei das dritte Jahr eine Profilierung vorsieht entsprechend der von den Studierenden beabsichtigten Studien-/Berufswahl nach dem Bachelor-Abschluss (z.B. Schulartbezug), ggf. kann eine Fachwissenschaft spezifiziert angeboten werden für die besonderen Bedingungen in Grundschulen, berufsbildenden Schulen und Sonderschulen.
 - schulartspezifisches **Master**-Studium: zwei bis vier Semester, an einzelnen Schularten orientiert mit entsprechend differenzierten Abschlüssen.

4. Trennung des bisherigen verbundenen Lehramtes an Grund- und Hauptschulen in ein **Lehramt an Grundschulen** und in ein Lehramt an Hauptschulen, womit der besonderen, grundlegenden Bedeutung der Arbeit in der Grundschule entsprochen wird.
5. **Modularisierter Studien- und Seminar-Aufbau** mit Teilzertifizierungen sowie akademischen Studienabschlüssen und zwei Staatsexamina.
6. Stärkung der **Fachdidaktiken** und der zu **Bildungswissenschaften** erweiterten bisherigen „Erziehungswissenschaft“ während des Studiums in enger Verzahnung mit Studienseminaren und Ausbildungsschulen.
7. Erarbeitung von **Kerncurricula** für Fachwissenschaften mit Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung des Berufsfeldes Schule.
8. Einrichtung von **Zentren für Lehrerbildung** an den Universitäten bei verantwortlicher Mitwirkung der Vertreter der jeweiligen Hochschule und der Studienseminare zur inhaltlichen Ausgestaltung und zur Organisation der Lehrerausbildung.
9. Erweiterte und systematische **Lehrerfort- und –weiterbildung** durch **Berufseingangsphase** und **berufsbegleitendes Lernen** (als Bestandteil eines umfassenden Personalmanagements).

Angestrebte Verbesserungen:

1. Die stärkere **Professionalität** von Ausbildung und Tätigkeit der Lehrkräfte, damit verbunden ist eine weitere **Qualitätssteigerung** des Unterrichts (auch als eine Antwort auf TIMSS und PISA).
2. Die gestufte Studienstruktur
 - ermöglicht, dass die konkrete Entscheidung über Berufstätigkeit oder Masterstudium nach dem Bachelorstudium auf der Grundlage erworbener Einblicke und praktischer Erfahrungen getroffen wird,
 - verlagert die Entscheidung für eine bestimmte Schulart wesentlich näher an den Einstellungszeitpunkt und steht somit in höherer Übereinstimmung mit der schulischen **Arbeitsmarktentwicklung**.
3. Modularisierung und gestuftes Studium gestalten **Seiteneinstiege** (und –ausstiege) systemimmanent mit der Chance einer noch zielgenaueren Qualifizierung für den konkreten Einsatzbereich in der Schule, weil anzuerkennende und nachzuholende Teilqualifikationen exakt definierbar werden.
4. Eine Straffung der gesamten **Ausbildungsdauer** ist zu erwarten, weil
 - mit Kerncurricula und Zentren für Lehrerbildung das Ausbildungsangebot auf das Berufsfeld hin systematisiert und konzentriert sowie für die Studierenden übersichtlicher gestaltet wird, womit die tatsächlichen Studienzeiten verkürzt werden (stärkere Annäherung an die bisher z.T. erheblich überschrittenen **Regelstudienzeiten**),
 - mit der dualen Studien- und Ausbildungsstruktur die schulpraktische Ausbildung auf studienbegleitende Zeiten und auf einen auf 12 Monate für alle Schularten zu begrenzenden **Vorbereitungsdienst** verteilt wird.

Darüber hinaus:

5. Das Bachelor-Studium bietet einen **attraktiven Abschluss**, der sowohl unmittelbar zu außerschulischen Berufstätigkeiten, aber auch zu vertiefenden fachwissenschaftlichen Masterstudien und zu Lehramts-Masterstudiengängen befähigt.
6. Mit dem Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen an allen Universitäten ist eine ausgewogene Ausnutzung der **Hochschulkapazitäten** verbunden.

Mainz, den 12.3.2002